

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

Wirtschaft	
Holz ist ein wichtiger Rohstoff zur Erreichung der Klimaschutzziele (European Bauhaus, Green Economy): Wie sehen Sie in dem Zusammenhang die Bestrebungen zu einer extensiveren Bewirtschaftung und großflächigen Stilllegungen von Wäldern?	
 Soziale Politik für Dich.	<p>Unsere Wälder sind sowohl aktive Klimaschützer als auch direkt durch den Klimawandel gefährdet. Durch den Umbau unserer Wälder zu arten- und strukturreichen Mischwäldern können wir diese langfristig erhalten, nachhaltig bewirtschaften sowie die lokale Wirtschaft mit nachhaltigen Holzprodukten versorgen. Klima- und Biodiversitätsschutz schließen sich nicht gegenseitig aus.</p>
	<p>CDU und CSU stehen zur nachhaltigen Forstwirtschaft, sie ist seit über 300 Jahren das Erfolgskonzept für gesunde Wälder mit einer guten Klima- und Naturschutzbilanz bei gleichzeitig hoher Holzproduktion. Wir setzen Anreize für einen klimastabilen Umbau des Waldes, damit er seine vielfältigen Leistungen auch in Zukunft erbringen kann. Extensivierung und großflächige Stilllegungen im Wald lehnen wir dagegen ab. Sie verringern bzw. verhindern nicht nur die Holznutzung, sondern senken mittel- und längerfristig auch die CO₂-Bindungsleistung des Waldes.</p>
	<p>Wir unterstützen deshalb den vorrangigen Einsatz von Holz aus naturnaher, artenreicher und strukturreicher Forstwirtschaft in langlebigen Produkten. Die Resilienz der Wälder hat für uns Priorität, denn gesunde Wälder sind die Voraussetzung für eine gute Holzernte. Größere zusammenhängende stillgelegte Flächen sind essentiell für die Forschung und um alle Ökosystemleistungen der Wälder zu fördern.</p>
	<p>Wir wollen die Europäische Union von unnötiger Bürokratie befreien. Dazu gehört auch die Selbstbeschränkung, bei neuen Rechtsakten nicht noch weitere Bürokratie zu schaffen. Viele von der EU-Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen (CDU) geplante Maßnahmen belasten die Forstwirtschaft enorm. Die Ansätze im Rahmen des sogenannten Green Deals setzen an der falschen Stelle an. Die EUDR etwa hatten wir für ein Negativbeispiel – diese bürokratische Fessel muss von der nächsten Kommission gemeinsam mit dem EU-Parlament gelöst werden.</p>
	<p>Die Linke setzt sich für eine ökologische und soziale nachhaltige Forstwirtschaft ein. Dazu gehört die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, einschließlich fairer Vermarktung von Forstprodukten. Die Holznutzung (stofflich vor energetisch) muss nachhaltiger und strategischer diskutiert werden. Das Ziel der EU, bis 2030 Renaturierungsmaßnahmen für mindestens 20 Prozent aller Land- und Meeresflächen in der EU einzuführen, unterstützen wir. Im Rahmen der Renaturierungsmaßnahmen müssen auch die Wälder umgebaut werden. Eine extensivere Bewirtschaftung kann zusätzlich helfen, Artenschutzziele zu erreichen. Den Waldumbau möchten wir stärker finanziell unterstützen.</p>
	<p>Die deutsche Waldbewirtschaftung, die auch auf EU-Ebene höchst anerkannt ist, setzt auf den Ansatz Schützen durch Nützen. Eine Extensivierung der Waldbewirtschaftung sowie Flächenstilllegungen lehnen wir daher strikt ab, da sie diesem Grundsatz zuwiderlaufen. Zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten befürworten wir die Nutzung von Holz als regionalen und nachhaltigen Rohstoff.</p>

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

16 Mio. europäische Waldbesitzer, überwiegend Eigentümer kleiner Waldflächen, leiden unter steigender Bürokratie. Wie wollen Sie bei laufenden und zukünftigen Gesetzesinitiativen (bspw. EUDR) diese Belastungen reduzieren oder ausgleichen?	
 Soziale Politik für Dich.	<p>Bestehende Gesetze und Verordnungen sowie neue Regelungen sollten bzgl. bürokratischer Hürden überprüft werden. Wichtig dabei ist, dass die Praxis weiterhin eingebunden werden sollte. Für eine verantwortungsvolle Waldbewirtschaftung sind Sozial- und Umweltstandards unverzichtbar.</p>
	<p>CDU und CSU wollen einen Belastungsstopp für Land- und Forstwirtschaft auch auf europäischer Ebene. Wir wollen die komplexe EU-Gesetzgebung konsolidieren, die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln abschaffen. Konkret wollen wir z. B. die Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung, die auch unseren heimischen Waldeigentümern in der jetzigen Form unverhältnismäßige Bürokratie auferlegen würde, verschieben. In der Zeit muss geprüft werden, wie dies ohne große Belastungen für unsere Waldbesitzer umgesetzt werden kann, da es bei uns keine Entwaldungsproblematik gibt.</p>
	<p>Wir fördern technische Innovationen, die helfen, Bürokratie wieder abzubauen, wie zum Beispiel das EU-weit einheitliche Waldmonitoring mittels Fernerkundung. Zudem setzen wir uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder streichen zu können.</p>
	<p>Wir wollen die Europäische Union von unnötiger Bürokratie befreien. Dazu gehört auch die Selbstbeschränkung, bei neuen Rechtsakten nicht noch weitere Bürokratie zu schaffen. Viele von der EU-Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen (CDU) geplante Maßnahmen belasten die Forstwirtschaft enorm. Die Ansätze im Rahmen des sogenannten Green Deals setzen an der falschen Stelle an. Die EUDR etwa halten wir für ein Negativbeispiel – diese bürokratische Fessel muss von der nächsten Kommission gemeinsam mit dem EU-Parlament gelöst werden.</p>
	<p>Für die Partei die Linke ist die Waldpolitik eine ganzheitliche Aufgabe, die maßgeblich auch gesamtheitlich verantwortet und mitfinanziert werden muss. Dabei geht es besonders um die Ökosystemleistungen des Waldes und wichtigen Belange der Erholung und Entspannung. Sofern dieser ganzheitliche Zusammenhang des Waldes berücksichtigt wird, ist Entbürokratisierung der Waldgesetzgebung (europäisch oder national) sehr sinnvoll.</p> <p>Verbindliche Regularien zur Wiederherstellung der Natur haben hier aber aus Sicht der Linken Vorrang vor engeren forstwirtschaftlichen Interessen, zumal die Ökosystemleistungen des Waldes nicht an Marktkriterien ausgerichtet werden können.</p> <p>Nichtsdestotrotz gehört auch die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe im Waldsektor zum Kernanliegen unserer Politik. Die Linke setzt sich für eine staatliche Förderung beim Waldumbau ein – von der Bewirtschaftung bis hin zur Pflege der naturnahen Komplexität des Waldes. Eine staatliche Förderung muss auch einhergehen mit der Unterstützung bei bürokratischen Verfahren bzw. deren Abbau.</p>
	<p>Der Zusammenschluss von Waldbesitzern zu Bewirtschaftungsgemeinschaften auf freiwilliger Basis, wie z. B. den Waldbauernvereinigungen, führt zu einer Professionalisierung der Waldbewirtschaftung und nimmt den Druck von den einzelnen Waldbesitzern, ihre Bestände zeitnah zu durchforsten. Dafür wollen wir mehr Anreize schaffen, insbesondere durch mehr finanzielle Unterstützung und Beratung.</p>

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

Wälder stellen viele Ökosystemleistungen bereit. Was wollen Sie auf der europäischen Ebene tun, um den Waldeigentümern Einkommen nicht nur aus Holz, sondern z.B. auch aus Leistungen für den Wasserhaushalt, die Biodiversität oder den Naturtourismus zu ermöglichen?	
 SPD Soziale Politik für Dich.	Damit die Wälder auch in Zukunft die vielfältigen Leistungen für die Gesellschaft erbringen, müssen die Widerstandsfähigkeit sowie die Wiederherstellung natürlicher Prozesse gefördert werden. Gerade die deutsche Forstwirtschaft dient als Vorbild für die nachhaltige Waldbewirtschaftung mit Bezug auf klima- und biodiversitätsbezogene Maßnahmen.
	Über die Holzherzeugung hinaus erbringen unsere Wälder relevante Klimaschutz-, Naturschutz- und Erholungsleistungen (Ökosystemleistungen). CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass den Waldbesitzern erhöhte Ökosystemleistungen vergütet werden, u.a. um so die CO ₂ -Speicher- und Bindungsleistungen ausschöpfen zu können. Dabei setzen wir uns für eine Vielfalt von Ansätzen ein, einschließlich der Einbeziehung des Waldes in den Emissionshandel, der Erschließung privater Märkte und der Förderung von Vertragsnaturschutzprogrammen. Der wachsende Markt der zertifizierten CO ₂ -Gutscheine muss über EU-Regeln transparent aufgestellt werden. Eine praxisorientierte Umsetzung mit geringem administrativem Aufwand ist entscheidend, um sicherzustellen, dass auch Besitzer kleiner Waldflächen von dieser Vergütung profitieren können. Waldeigentümer sollen zudem im Rahmen der EU-Politik zur ländlichen Entwicklung an Programmen zum naturnahen Wald- und Landtourismus teilnehmen und so wirtschaftlich attraktive touristische Angebote entwickeln können.
	Waldbesitzende sollen für die Ökosystemleistungen ihrer Wälder entlohnt werden. Voraussetzung dafür ist eine verlässliche und ganzheitliche Datenaufnahme im Wald in der ganzen EU. Wir setzen uns daher für ein Gesetz zur Waldüberwachung ein, dass die Aufnahme von ökonomischen und ökologischen Indikatoren im Wald flächendeckend und einheitlich gewährleistet.
	Unsere Wälder sind viel mehr als ein Rohstofflieferant. Sie sind Wasserspeicher, Erholungsorte und besonders auch Klimaschützer. Wir Freie Demokraten wollen die multifunktionale Ökosystemleistung des Waldes marktwirtschaftlich honorieren. Wälder sollen voll in den europäischen Emissionshandel integriert werden – und Waldeigentümer sollen eine Vergütung für die CO ₂ -Senkenleistung erhalten.
	Ökosystemleistungen des Waldes sind, sofern noch keine anderen angemessenen Honorierungssysteme verfügbar sind, mit entsprechenden staatlichen finanziellen Mitteln zu unterstützen. Aus diesem Grundsatz, dass der Waldbau für uns eine gesamtheitliche Aufgabe ist, ergibt sich zwingend die Bereitstellung öffentlicher Gelder für den Ökosystemleistungstransfer aus dem Wald und in den Wald.
	Wir unterstützen den Wald als heimisches Kulturgut und wollen in diesem Zusammenhang auch unsere deutsche Forstwirtschaft stärken. Dies kann jedoch hauptsächlich auf nationaler Ebene erfolgversprechend umgesetzt werden. Auf EU-Ebene setzen wir uns deshalb vehement für eine Regionalisierung der Waldbewirtschaftung ein.

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

Recht	
<p>Die EU hat keine direkte forstwirtschaftliche Kompetenz, jedoch wirken sich die Zuständigkeiten Umwelt, Klima, Landwirtschaft, Energie und EU-Binnenmarkt deutlich auf unsere tägliche Arbeit aus. Wie wollen Sie hierbei einen Folgeausgleich umsetzen und das Bottom-Up Prinzip für den Forstsektor wahren?</p>	
	<p>Die Zuständigkeit der Wald- und Forstpolitik liegt nach dem Subsidiaritätsprinzip bei den einzelnen Mitgliedstaaten. Das ist vor dem Hintergrund der großen Vielfalt der Wälder Europas und der unterschiedlichen forstlichen Ausgangsbedingungen der Mitgliedstaaten gerechtfertigt und sinnvoll.</p>
	<p>CDU und CSU sehen einen funktionierenden Binnenmarkt und die Koordinierung der Politik in den Bereichen Klima, Umwelt und Energie auf EU-Ebene als wichtig an, denn Versorgungssicherheit und der Erhalt unserer Ökosysteme einschließlich des Schutzes der Wälder in Europa sind grenzüberschreitende Aufgaben, die gemeinsam angegangen werden müssen. Das hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Forstwirtschaft. Die Maßnahmen dürfen aber nicht dazu führen, dass die nachhaltige Forstwirtschaft in Deutschland eingeschränkt wird oder ihr wesentliche finanzielle oder bürokratische Lasten aufgebürdet werden. Generell sollte die EU kein Mikromanagement betreiben und z.B. statt zusätzlicher Dokumentationssysteme für ein EU-Forstmonitoring auf den Austausch bereits national vorhandener Daten setzen und so das Bottom-up-Prinzip wahren.</p>
	<p>Klima und Umweltpolitik unterliegen der EU-Kompetenz. Da die Wälder eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Klima- und Artenkrise spielen, sind sie zwingend davon betroffen. Unser Ziel ist die Forstwirtschaft bestmöglich auf die Anforderungen vorzubereiten und die Waldbesitzenden durch weitere Einnahmequellen zu stärken, zum Beispiel durch die verstärkte Vergütung von Ökosystemleistungen.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten stehen zum Subsidiaritätsprinzip und zum Bottom-up-Ansatz in der europäischen Forstpolitik. Entscheidungen auf europäischer Ebene müssen transparent und mit ausreichender Beteiligung von Betroffenen getroffen werden – nur dann können die vielfältigen spezifischen Bedürfnisse in der gesamten EU berücksichtigt werden. Darüber hinaus brauchen wir insbesondere auch eine ökonomische Folgenabschätzung bei geplanten Rechtsakten, deren Ergebnisse auch beachtet werden. Uns ist es wichtig, Forschung und Innovationen zu fördern. Starre und wenig veränderliche Vorgaben passen nicht dazu – wir Freie Demokraten wollen deshalb Öffnungsklauseln für Innovationen sowie Sunset-Klauseln für europäische Rechtsakte.</p>
	<p>Die Linke steht für ein ganzheitliches Waldkonzept, das ökologische, ökonomische und erholungsspezifische Aspekte des Waldes berücksichtigt. Aufgrund des Klimawandels und der Anforderung an eine nachhaltige Ressourcennutzung und Ressourcenschonung kommt es aus unserer Sicht vorrangig darauf an, den Waldumbau voranzutreiben. Der Waldumbau ist für uns eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das bedeutet nicht nur die elementare Aufstockung finanzieller Mittel für den Waldumbau, sondern die Umsetzung einer koordinierten Strategie der Agrarpolitik im Zusammenspiel mit sinnvoller Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Ein abgrenzendes Ressortdenken muss im Hinblick auf den Weg der Vergangenheit angehören. Es braucht Zielvereinbarungen und Förderprogramme für den Waldumbau auch auf der EU-Ebene. Der Umbau muss aber vor Ort stattfinden. Daher braucht es wirksame Bottom-Up-Ansätze: Die Expertise der Forstleute und Waldarbeiter*innen vor Ort müssen miteinbezogen werden.</p>
	<p>Regionalisierungspläne von Seiten der EU gilt es zu weiter zu fördern. Abhängigkeiten von EU-Vorschriften gilt es umfassend zu reduzieren und Belange der Umweltschutz- und Landwirtschaftspolitik wieder in nationale Hände zu überführen. Anstatt eines Folgeausgleichs für Probleme, die von der EU künstlich geschaffen wurden, wollen wir die Waldbewirtschaftung renationalisieren.</p>

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

Waldumbau und naturnahe Waldbewirtschaftung brauchen Fachkräfte. Welche Initiativen planen Sie, um genügend Arbeitnehmer auf dem europäischen Arbeitsmarkt für diese Aufgaben zu qualifizieren und deren Mobilität auch über die Grenzen der Mitgliedsstaaten hinweg zu fördern?	
 SPD Soziale Politik für Dich.	<p>Der demografische Wandel wird den bereits bestehenden Fachkräftemangel weiter verschärfen. Das Potenzial inländischer Fachkräfte sollte durch eine gezielte Aus- und Fortbildungsoffensive der Grünen Berufe besser genutzt werden. Gleichzeitig sind wir auf Zuwanderung angewiesen. Dafür sollten gezielt auch nicht-EU Fachkräfte angeworben werden (Verbesserung EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht).</p>
	<p>Mit den Anforderungen an die Forstwirtschaft – Wiederaufforstung, Waldumbau, Beratung und Betreuung auch der kleineren Waldeigentümer, Digitalisierung etc. – steigt der Bedarf an Fachkräften und deren Qualifikation. Es gilt, Begeisterung für Forstberufe zu vermitteln, eine ausreichende Zahl von Ausbildungs- und Studienplätzen zur Verfügung zu stellen und die Ausbildungs- und Studieninhalte attraktiv und auf dem neuesten Stand zu halten. Dem Fachkräftemangel wollen wir auch europäisch begegnen. Wir wollen alle Hürden beseitigen, die es bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit gibt und die sozial- und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Entsendung von Arbeitnehmern schnell vereinfachen. Bereits im Studium und auch in der Ausbildung sollen Austausch und Mobilität erleichtert werden. Auch werden wir die Anerkennung von Berufsabschlüssen weiter vereinfachen.</p>
	<p>Wir wollen in der Forstwirtschaft und den damit verbundenen Industrien attraktive Arbeitsbedingungen schaffen und sichern durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Gesundheitsschutz und Berufsabschlüssen, die europaweit anerkannt werden. Dafür wollen wir die dafür notwendigen Aus- und Weiterbildungen gezielt fördern.</p>
	<p>Wir Freien Demokraten setzen uns für die Förderung von Fachkräften im Bereich des Waldumbaus und der naturnahen Waldbewirtschaftung ein. Um genügend qualifizierte Arbeitskräfte für diese Aufgaben zu gewinnen und ihre Mobilität über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg zu fördern, fordern wir eine EU-Strategie für die Fachkräftegewinnung. Unser Ziel ist ein weitgehend harmonisiertes Fachkräfteeinwanderungsrecht, das auch Drittstaatsangehörigen unkomplizierte Mobilität zum Zwecke der Erwerbstätigkeit ermöglicht. Wir wollen bürokratische Hürden bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen abbauen, um die Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der EU zu erleichtern. Darüber hinaus fördern wir den Ausbau von Austausch- und Mobilitätsprogrammen, wie zum Beispiel Erasmus+, zwischen EU-Mitgliedstaaten. Dadurch möchten wir den Wissenstransfer und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – auch im Bereich der Waldbewirtschaftung – stärken.</p>
	<p>Wesentlicher Bestandteil des Waldumbaus sind für Die Linke: Gute Arbeit in der Forstwirtschaft mit flächendeckenden guten Tariflöhnen und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auch für mitarbeitende Familienangehörige oder Saisonarbeitskräfte. Bessere Arbeitsbedingungen erhöhen auch die Attraktivität für Menschen in der Forstwirtschaft zu arbeiten. Junge Menschen wollen wir mit gezielten Bildungsangeboten in Schulen an die gesellschaftliche Bedeutung des Waldes heranführen und damit auch frühzeitig über berufliche Perspektiven informieren.</p>
	<p>Die ausreichende Verfügbarkeit von Fachkräften wollen wir einerseits durch eine Stärkung beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen sicherstellen und andererseits durch die gezielte Gewinnung von Fachkräften anstatt einer ungesteuerten Zuwanderung. Auch bilaterale Verträge mit anderen EU-Mitgliedstaaten können zur Sicherung eines qualifizierten Fachkräftepools beitragen.</p>

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

Allein seit 2019 gab es über 75 den Wald betreffende EU-Initiativen aus vielen verschiedenen Generaldirektionen: Wie wollen Sie die forstlichen Fachverbände und Expertengruppen einbinden, um deren Expertise frühzeitig einfließen zu lassen?	
 Soziale Politik für Dich.	<p>EU-Initiativen sind für Deutschland von großer Bedeutung, um die nationale und europäische Klima- und Wirtschaftspolitik eng miteinander zu verzahnen. In den EU-Rechtssetzungsprozessen sollten weiterhin die relevanten Interessenvertretungen einbezogen werden, um eine praxistaugliche Ausgestaltung zu gewährleisten. Das gewährleisten bspw. die öffentlichen Konsultationen.</p>
	<p>CDU und CSU stehen in ständigem Austausch mit den Forstverbänden, mit Waldeigentümern und Förstern, aber auch mit der Holzwirtschaft, den Waldschutzverbänden und den Jägern. Unsere Europaabgeordneten hören die Verbände und wissenschaftliche Forstexperten vor allen EU-Entscheidungen gezielt an.</p>
	<p>Die frühzeitige Einbindung der Fachverbände und Expert*innengruppen ist für uns entscheidend. Wir tragen dazu selbst mit stetigem Dialog bei. Diesen Austausch möchten wir weiter festigen, zum Beispiel im Rahmen eines Strategiedialogs zur Waldwirtschaft, bei dem alle Waldakteur*innen zusammenkommen.</p>
	<p>Verbände, deren Interessen von einem Rechtsakt betroffen sind, müssen sehr frühzeitig und eng eingebunden werden. Wir wollen keine Politik gegen die Bürgerinnen und Bürger machen – die EU lebt davon, Menschen mitzunehmen. Dabei ist uns die Achtung des Eigentumsgrundrechts ein besonderes Anliegen.</p>
	<p>Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle beteiligten Interessengruppen bei der Erarbeitung von EU-Initiativen frühzeitig einbezogen werden. Sowohl forstliche Fachverbände, als auch Naturschutzverbände und Gewerkschaften müssen in Expertengruppen gleichberechtigt vertreten sein und angehört werden. Gleichzeitig braucht es größtmögliche Transparenz bei allen Konsultationen auf der EU-Ebene, um den Einfluss von Lobbyismus sichtbar zu machen.</p>
	<p>Das Problem der EU-Politik ist allgemein die Überrepräsentanz von fachfremden Lobbyisten aus dem Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes. Expertenmeinungen treten angesichts von lautstarken Klimaalarmisten in den Hintergrund. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Missstand behoben wird und etablierte Experten der Forstwirtschaft wieder mehr Stimmgewicht erfahren.</p>

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

Klima- und Naturschutz

Durch den voranschreitenden Klimawandel verändern sich viele ausgewiesene NATURA 2000 – Lebensraumtypen an ihrem Standort unaufhaltsam. Eine statische Bewahrung verbietet sich dadurch. Welche dynamischen Ansätze sind aus Ihrer Sicht erforderlich, um die Richtlinie zukunftsfit anzupassen?

 Soziale Politik für Dich.	<p>Es ist richtig, dass sich Schutzgebiete – nicht nur NATURA 2000-Gebiete – aufgrund des Klimawandels verändern werden. Deshalb unternimmt die EU-Kommission auch regelmäßig „fitness checks“ der FFH- und der Vogelschutz-Richtlinie. Der letzte dieser Checks hat ergeben, dass bei den Richtlinien kein Änderungsbedarf besteht.</p>
	<p>Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesamtheit aller FFH-Lebensraumtypen werden immer deutlicher. In den Augen von CDU und CSU muss es daher Ziel sein, Schutzmaßnahmen ganzheitlich zu denken und insbesondere im Rahmen von Natura 2000 den Einklang mit einer klimaangepassten, nachhaltigen Nutzung zu suchen. Im Refit-Prozess wird es wichtig sein, die Rahmenbedingungen für den standortangepassten Schutz und die Weiterentwicklung des Waldbestandes bei gleichzeitiger Holzproduktion zu verbessern und das Management zu erleichtern. Zur Verbesserung der naturschutzfachlichen Qualität der Natura 2000-Gebiete gilt es, dem Multifunktionalitätsgedanken im Rahmen des Refit-Prozesses Rechnung zu tragen, bürokratische Belastungen abzubauen und auf eine ganzheitliche Gebietsbetrachtung anstelle von Einzelmaßnahmen zu setzen.</p>
	<p>Für uns steht an erster Stelle, dass der Naturschutz in den Natura-2000-Gebieten endlich flächendeckend konsequent umgesetzt wird. Das Natura-2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die den Austausch und damit auch die Klimaresilienz stärken, verknüpfen.</p>
	<p>Die Einführung der NATURA 2000-Gebiete hat bereits für eine sichtliche Erhöhung der Biodiversität in der gesamten EU geführt. Damit die Wirkung von EU-Recht ehrlich überprüft wird, sprechen wir Freie Demokraten uns für Sunset-Klauseln in den EU-Rechtsakten aus. Damit kann sichergestellt werden, dass nicht mehr benötigte Schutzgesetze auch tatsächlich abgeschafft oder novelliert werden.</p>
	<p>Für die Partei die Linke ist der Erhalt der Wälder – unserer wichtigsten, natürlichen CO2 Speicher – für zukünftige Generationen ein Muss. Sie sind unsere wichtigste Quelle nachwachsender, nachhaltiger Rohstoffe wie Holz und unserer Nahrungsmittel. Ohne Wald, sauberes Wasser und fruchtbare Böden ist Leben nicht möglich. Ihr Erhalt ist in Zeiten des Klimawandels die wichtigste, gesellschaftliche Aufgabe.</p> <p>Teil von NATURA 2000 sind Evaluationsmaßnahmen, Verträglichkeitsprüfungen und Abwägungen zur Bewirtschaftung von FFH-Gebieten. Aus unserer Sicht reichen diese Elemente aus, um die Wiederherstellung der Natur beim Wald zumindest in ersten Schritten zu vollziehen und trotzdem noch Wirtschaftlichkeit bei der Holzgewinnung zu gewährleisten.</p>
	<p>Angesichts sich ändernder klimatischer Verhältnisse unterstützen wir einen Waldumbau, der auf klimaresiliente Pflanzungen hin ausgerichtet ist. Diese Maßnahmen müssen durch weitergehende Forschungen unterstützt werden, die darauf ausgerichtet sein müssen, auch heimischen Pflanzenarten eine Zukunft zu ermöglichen. Dies setzt eine aktive Waldbewirtschaftung voraus, die Schädlingsbefall minimiert.</p>

Europawahl 2024 – DFWR-Wahlprüfsteine zur Forstwirtschaft

Bekennen Sie sich zum Prinzip der multifunktionalen Forstwirtschaft auf großer Fläche gemäß der Definition von Forest Europe (SFM) oder sehen Sie in einer segregativen Ausrichtung die Zukunft der Forstwirtschaft in Europa?	
 Soziale Politik für Dich.	<p>Die multifunktionale Waldbewirtschaftung spielt eine entscheidende Rolle in der nachhaltigen Nutzung unserer Wälder. Neben der Produktion von Holz durch die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder ist auch der Schutz der Artenvielfalt, die Kohlenstoffspeicherung, der Erhalt der Wasserversorgung, die Förderung von Erholungsmöglichkeiten sowie die Umweltbildung der Bevölkerung wichtig.</p>
	<p>Für CDU und CSU ist die multifunktionale integrative Forstwirtschaft das Leitbild. Sie sichert die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes und bringt diese ins Gleichgewicht. Unser Grundsatz für den Naturschutz im Wald ist „Schützen durch Nützen“, eine großflächige Herausnahme von Flächen aus der Nutzung lehnen wir dagegen ab.</p>
	<p>In der Natur hängt alles miteinander zusammen. Diese Zusammenhänge müssen auch bei der Bewirtschaftung durch einen multifunktionalen Ansatz berücksichtigt werden. Darüber hinaus braucht die Natur Flächen, wo sie sich ohne direkten Einfluss des Menschen natürlich entwickeln kann. Dafür wollen wir 10 Prozent der Wälder in der EU bereitstellen.</p>
	<p>Wir Freien Demokraten bekennen uns zur multifunktionalen Forstwirtschaft. Die Anerkennung der Nutzfunktion, Schutzfunktion und Erholungsfunktion ist Wesenskern des deutschen Bundeswaldgesetzes – ebenso sehen wir es in Europa.</p>
	<p>Die Linke begrüßt die Prinzipien zur nachhaltigen Waldwirtschaft, die von der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder verabschiedet worden sind. Wir wollen die biologische Vielfalt, Produktivität, Regenerationsfähigkeit und die Vitalität des Waldes erhalten. Wälder sollen auch in Zukunft wichtige ökologische, wirtschaftliche und soziale Funktionen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene erfüllen. Ohne dass dies zu Schäden an anderen Ökosystemen führt. Eine multifunktionale Forstwirtschaft ist die Voraussetzung dafür, die Ökosystemleistungen des Waldes vollständig zur Geltung zu bringen.</p> <p>Die Abtrennung verschiedener Aggregate (Segregation) in der Forstwirtschaft widerspricht dem ganzheitlichen Ansatz der Waldpolitik und wird von uns daher nicht befürwortet.</p>
	<p>Bei der multifunktionalen Waldwirtschaft handelt es sich um eine Vielfachnutzung der Waldbestände nach ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Grundsätzen. Wir befürworten die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen, setzen in diesem Rahmen jedoch eine stärkere Gewichtung auf die ökonomische Dimension der Waldbewirtschaftung.</p>

Kontakt:

Johannes Schmitt

Geschäftsführer

Telefon +49 (0)30 / 2359157 60

Mobil +49 (0)151 / 1762 7806

Mobil +49 (0)173 / 6230 777

schmitt@dfwr.de | www.dfwr.de

Paula Mosch

Fachreferentin

Telefon +49 (0)30 / 235915765

Mobil +49 157 51917641

mosch@dfwr.de | www.dfwr.de